

„Ein Einheitstarifvertrag führt zu steigenden Eigenbeiträgen!“

Alles reguliert! So beschreibt der Präsident des Arbeitgeberverbands Pflege die Altenpflegebranche. „Ein Einheitstarif bremst unternehmerische Initiative endgültig aus“, warnt Thomas Greiner die Politik.

Das Interview führte Anno Fricke

Ärzte Zeitung: Die drei Minister in der Konzentrierten Aktion Pflege fordern einen mitgliederoffenen Arbeitgeberverband. Wie stehen Sie dazu?

Thomas Greiner: Wir werden daran nicht teilnehmen. Ich will nicht ausschließen, dass von den 13 000 Pflegeheimen und ebenso vielen ambulanten Pflegediensten ein paar in einem solchen Arbeitgeberverband mitarbeiten werden. Größere Zusammenschlüsse der privaten Unternehmen, die rund 50 Prozent des Marktes abdecken, werden dies nicht tun. An einem solchen Verband wird bereits seit fünf Jahren gearbeitet. Betrieben wird das aus Verdi heraus und von Teilen der Arbeiterwohlfahrt.

Das ist ja nicht ehrenrührig...

Die Öffentlichkeit wird systematisch getäuscht. Und zwar deshalb, weil man sagt, dass der Paritätische Wohlfahrtsverband und das Rote Kreuz, also alle nichtkirchlichen Verbände, würden diesen Arbeitgeberverband wollen. Wenn man genau hinschaut, sieht man, dass bestenfalls Spurenelemente dieser Organisationen dort mitarbeiten wollen. Es wird ein falscher Eindruck von Geschlossenheit erweckt. Aus meiner Sicht wird das ein magersüchtiger Verband werden,

der nur einen kleinen Teil der Unternehmen repräsentiert.

Wie steht es um den gewerkschaftlichen Organisationsgrad auf der Arbeitnehmersseite?

Da ergibt sich ein ähnliches Bild. Verdi ist an dieser Stelle nicht wirkungsmächtig. Nach meinen Informationen sind maximal fünf Prozent der Arbeitnehmer in der Altenpflege organisiert. Bei den privaten Unternehmen werden gewerkschaftlich lediglich zwei Prozent der Arbeitnehmer erreicht.

Droht also ein Arbeitgeberverband, der eine leere Hülle ist?

So ist es. Wenn er zustande kommt, wird das ein Verband, der initiiert wird von Teilen der Arbeiterwohlfahrt, der SPD und der Linken, die, unterstützt von den beteiligten Ministerien, der Branche etwas aufs Auge zu drücken versuchen, was die gar nicht will. Meine Frage ist, ob es denn Aufgabe der Bundesregierung ist, so etwas zu organisieren?

Was ist problematisch an einem einheitlichen Tarifvertrag?

Ein flächendeckender allgemeinverbindlicher Tarifvertrag wird zu massiv steigenden Eigenbeiträgen der Bewohner in den Heimen führen. Das gilt vor allem in den neuen Ländern. Er ruiniert den Wettbewerb und zerstört das Bemühen um Kosteneffizienz. Der nächste Punkt wird sein, ob die Kirchen einen solchen Vertrag in irgendeiner Form mittragen. Und damit riskieren, dass sie am Ende des Tages von einem solchen Tarifvertrag Nachteile haben, weil er unter den kirchlichen Tarifen liegen wird.

Wie sieht denn Ihre Alternative aus?

Um das ganz klar zu sagen: Wir wollen eine Absicherung nach unten. Wir sind auch bereit, mehr zu bezahlen. Wir wollen das aber in einem Verfah-

ren aushandeln, bei dem alle Leute, die davon betroffen sind, nachher mit am Tisch sitzen. Wir sind der Überzeugung, dass wir dafür ein bereits bewährtes Instrument haben, nämlich die Kommission zur Regelung von Mindestarbeitsbedingungen in der Pflege...

... die Mindestlohnkommission...

... was eine Verkürzung ist. Die Kommission kann auch für die Arbeitsbedingungen zuständig sein. Dort sitzen alle Arbeitgeber, Kirchen, Kommunale, freigemeinnützige und private mit Verdi an einem Tisch. Dieses Instrument war bereits dreimal erfolgreich. Beispiel: Ab April 2020 wird der Pflegegemindestlohn für Hilfskräfte bei

11,35 Euro liegen. Das sind zwei Euro mehr als der gesetzliche Mindestlohn. Nicht schlecht!

Wie sieht es denn bei den Fachkräften aus?

Bislang hat die Kommission noch keine Lösung gefunden für Fachkräfte. Es wäre ihre Aufgabe, Untergrenzen zu definieren dafür, was die Fachkräfte verdienen müssen. Das Verfahren ist rechtssicher. Bislang hat noch niemand gegen die Ergebnisse der Kommission geklagt. Die Konzentrierte Aktion versucht nun, eine Staatslösung zu finden. Das ist aus meiner Sicht nicht akzeptabel.

Warum eigentlich genau?

Der Gesetzgeber schreibt Ihnen ja ganz genau vor, wie Sie ein Altenheim zu betreiben haben: Wie viele Pflegekräfte, welche Qualifikationen. Es wird kontrolliert vom MDK, von der Heimaufsicht. Wir sind an dieser Stelle in einem der reguliertesten Bereiche, die es überhaupt gibt in dieser Wirtschaft. Alles geregelt! Es gibt nur noch einen kleinen freien Teil, und das ist der, dass ich sagen kann: Ich als

Unternehmen kann bestimmen, wie bezahle ich meine Mitarbeiter, und auch, wie differenziert bezahle ich. Wenn uns das jetzt noch genommen wird, dass der Unternehmer sagen kann, er will hier mehr bezahlen, dort weniger, dann wird er mittelfristig nicht mehr in den Pflegebereich investieren. Warum sollte man dann noch das unternehmerische Risiko tragen?